

Die Kurden im Iran

Opfer des real existierenden Islamischen Staates Iran

Autor: Dipl.-Jour. Nasser Iranpour

Die deutsche Öffentlichkeit ist durch den Aufstand der Kurden in der Türkei gegen die islamistisch-nationalistische Tyrannei und durch den kurdischen Widerstand gegen die Terrormiliz IS in Syrien und im Irak auf das Schicksal dieses Volkes in diesen Ländern verstärkt aufmerksam geworden. Weniger im Bilde ist sie aber über die Lage der Kurden im Iran. Dort leben über zehn Millionen Kurden, die vom real existierenden Islamischen Staat der Islamischen Republik Iran (IRI) seit Jahrzehnten systematisch benachteiligt und wegen ihrer fortwährenden Gegenwehr massiv unterdrückt werden.

Dass die desolote allgemeine Menschenrechtslage und die Situation der nichtpersischen Völker, aber auch der religiös-konfessionellen Minderheiten im islamischen Staat Iran hierzulande medial und von der Politik sehr spärlich thematisiert werden, ist dem „größeren“ Übel, dem Atomprogramm der islamistischen Regierung im Iran, geschuldet. Auch die Tatsache, dass die islamistische Regierung im Iran seit Jahrzehnten offensiv die islamistischen Terrororganisationen auf der Welt unterstützt, wird kaum mehr angeprangert. Die Gefahr der Nichtbeachtung der im Iran in eklatanter Weise stattfindenden Verletzung der demokratischen Grundrechte durch den Westen wird größer, wenn das islamistisch-schiitische Terrorregime im Iran sich als Partner in der „internationalen Antiterror-Allianz“ im Kampf gegen die islamistisch-sunnitische Terrormiliz IS in Syrien etabliert, dabei hat gerade dieses Regime mit der massiven politischen und militärischen Unterstützung des syrischen Diktators – auch bei der Bekämpfung der syrischen Opposition – zur Eskalation des syrischen Bürgerkriegs und indirekt zur Stärkung des IS maßgeblich beigetragen.

Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass das iranische Regime alle Merkmale des IS in Syrien und Irak innehat; es ist wie der IS zutiefst reaktionär, frauenfeindlich, chauvinistisch, despotisch, totalitär, terroristisch, antiwestlich, in gewisser Weise faschistisch, antisemitisch, militaristisch und verfolgt die Politik der religiösen Expansion und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter Missachtung des internationalen Völkerrechts. Der real existierende Islamische Staat Iran ist im Grunde genommen die Vorgängerversion und der Mentor des heutigen „sogenannten“ IS. So ein Regime kann kein Partner im Kampf gegen den Terror sein. Es versucht, sich dadurch salonfähig zu machen und die Öffentlichkeit von seinem gefährlichen Atomprogramm abzulenken. Auch wenn es sich an irgendwelchen Aktionen gegen den IS beteiligt, tut es das zwecks der Unterstützung des Assad-Regimes, der Ursache des Übels, und aus konfessionellen Gründen, weil der syrisch-irakische IS Sunniten sind, also nicht weil es etwa die ideologisch-politischen Einstellungen des IS hinsichtlich des Westens, der Demokratie und Frauenrechte nicht teilt.

Das progressive Bollwerk gegen den Terrorismus und Islamismus sind hingegen die aufgeklärten und selbstbewussten Kurden, und das nicht nur in Syrien, im Irak und in der Türkei, sondern auch im Iran. Seit Jahrzehnten kämpfen diese für ihre demokratischen Rechte und gegen den islamistisch-schiitischen Staat der IRI. Bereits seit der Machtergreifung der Mullahs im Iran im Jahre 1979 haben sich die Kurden den neuen Machthabern nicht unterworfen, die die islamische Scharia eingeführt und alle demokratischen und Persönlichkeitsrechte als „unvereinbar mit der Scharia“ deklariert und abgeschafft, die politischen Parteien, freien Medien und Gewerkschaften verboten, Massenhinrichtungen und öffentliche Auspeitschungen und Steinigungen veranstaltet, einige westliche Botschaften entgegen dem Internationalen Recht besetzt und alles Fortschrittliche als „westliche Kultur“ verteufelt und bekämpft haben. Ja, die säkular und links orientierten kurdischen Parteien wollten sich genau diesem islamistisch-faschistischen Diktat nicht fügen. Folge: Dschihad-Aufruf Khomeinis gegen die Kurden und sein Befehl, Kurdistan militärisch anzugreifen. Es entstand eine breite politische und militärische Auseinandersetzung zwischen den Kurden und dem Mullah-Regime; viele Städte Kurdistans wurden vom Regime bombardiert, Dörfer massakriert, u. z. in der Art und Weise, wie wir es heute wieder vom IS erleben, politische Aktivisten und Intellektuelle inhaftiert, gefoltert und hingerichtet, alle kurdischen Parteien für „Antirevolutionär“ und „Verdorben auf der Erde“ sowie „aufgelöst“ erklärt, verboten und massiv verfolgt, u. z. nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Hunderte kurdische Aktivisten, die in das Nachbarland Irak geflüchtet waren, wurden dort durch die Mord- und Terroranschläge des iranischen Regimes getötet.

Trotz allem ist die kurdische Führung ihrem Prinzip treu geblieben, nichts unversucht zu lassen, den Konflikt friedlich beizulegen. So hat sie das Angebot der Mullahs zur Verhandlung ernst genommen – mit dem Ergebnis, dass die iranische „diplomatische Delegation“ inmitten der Verhandlung im Jahre 1989 in Wien Feuer gegen die kurdischen Vertreter eröffnete, bei dem der Generalsekretär der **Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPKI) Dr. Abdulrahman Ghassem-lou** und Auslandsvertreter der Partei und ein kurdisch-irakischer Vermittler regelrecht ermordet wurden. Da das iranische Regime auch diesmal durch massive Rechtsverletzung der österreichischen Regierung ungeschoren davongekommen war, hat es auch danach etliche weitere iranische Intellektuelle und Eliten im Ausland exekutiert, so auch der neue Generalsekretär der DPKI **Dr. Sadegh Sharafkandi**, Europa- und Deutschland-Vertreter der Partei im Jahre 1993 in Berlin.



Dr. Sadegh Sharafkani, Gast der Sozialistischen Internationale in Berlin, durch Mordkommandos des IS Iran ermordet

Nach diesen Morden wurde das Regime zum ersten Mal im **Mykonos-Verfahren** als Ganzes für die Terroranschläge offen verantwortlich gemacht und verurteilt. Seitdem hat es nicht gewagt, weitere politische Morde im Ausland zu begehen.

All die Unterdrückungsmaßnahmen im Inland und Terror- und Mordanschläge des iranischen real existierenden IS im Ausland haben die Kurden jedoch nicht davon abgehalten, sich weiter für ihre entzogenen demokratischen Rechte und gegen die vielen Diskriminierungen und Repressalien einzusetzen.

Im Einzelnen leiden sie unter folgenden Benachteiligungen:

1. Ihnen wird das universelle politische Selbstbestimmungsrecht verweigert.
2. Ihnen wird auch das Recht entzogen, innerhalb Irans über die Bildung einer regional-autonomen Regierung, vergleichbar mit einem Bundesland in Deutschland, sich politisch, wirtschaftlich und kulturell zu verwalten.
3. Ihnen werden unter kulturellen, konfessionellen, politischen und sicherheitspolitischen Vorwänden diverse Bürgerrechte vorenthalten, so dass sie zu Bürgern zweiter und dritter Klasse degradiert werden.
4. Ihnen wird das Recht abgesprochen, an der gesamtstaatlichen Führungspositionen der Exekutive, Legislative und Judikative teilzuhaben.
5. Sie werden daran gehindert, auch innerhalb einer einheitlichen Provinz zu leben. Die kurdischen Gebiete sind verwaltungsrechtlich gegen ihren Willen künstlich in diskriminierender Art und Weise in vier Provinzen aufgeteilt, welche von den nichteinheimischen-nichtkurdischen und in der Regel direkt von der Zentralregierung eingesetzten meist Sicherheits-Angehörigen geleitet werden, um sie politisch und sicherheitstechnisch besser zu kontrollieren.
6. Sie sind unter anderem über das Verbot der kurdischen Sprache als Unterrichts- und Mediensprache einer systematischen kulturellen Assimilation ausgesetzt. Sie haben nicht einmal das Recht, muttersprachlichen Unterricht zu erhalten.
7. Die kurdischen Gebiete werden bewusst bei den volkswirtschaftlichen Planungen und Budgetierungen benachteiligt - mit dem Ziel, dass dort keine eigenständige Wirtschaft entsteht, die Gebiete sich nicht wirtschaftlich entwickeln, die Elite, Fach- und billige Arbeitskräfte sowie das Kapital in die zentralen Städte des Landes wandern – purer Kolonialismus.
8. Iranisch-Kurdistan ist stets militarisiert. Jeglicher Gerechtigkeit und Freiheit fordernder Bewegung der zivilgesellschaftlichen Gruppen wird dort mit brutaler geheimdienstlicher Gewalt entgegengetreten. Mehrere parteipolitisch unabhängige Menschenrechtler sind nun in Haft, darunter der Vorsitzende der „Menschenrechtsorganisation Kurdistans“ **Mohammad Sedigh Kabudvand**. Darüber hinaus werden Verbrechen gegen die kurdische Bevölkerung strafrechtlich nicht geahndet, stattdessen werden die Täter sogar staatlicherseits gefördert bis hin zum „Vertreter des Großen Führers“ oder „Chefsekretär des Büros des Parlamentspräsidenten“.
9. Der sunnitische Teil der kurdischen Bevölkerung wird von ranghohen schiitischen Klerikern religiös öffentlich massiv verunglimpft und beleidigt, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen für die Peiniger hat – ein weiteres Zeichen für die Missachtung des Regimes gegenüber den Kurden.
10. Die iranische Regierung hat in der Vergangenheit immer wieder mit den anderen Staaten gegen die kurdische Bewegung paktiert, wenn sie sich nicht gerade mit denen im Krieg befunden hat – ein Zeichen dafür, dass das schiitische Regime im Iran auch regional gegen die Kurden agiert.

Die genannten Benachteiligungen und Repressalien betreffen die Kurden als Volk. Die kurdische Bevölkerung wird auch in den anderen allgemeindemokratischen Bereichen entrechtet. Fehlende demokratische Strukturen im ganzen Lande, mittelalterliche frauenfeindliche gesetzliche Regelungen, fehlende freie Wahlen, Verbot der politischen Parteien, Verbot der nichtstaatlichen Medien, soziale Ungerechtigkeiten usw. betreffen zwar die Gesamtbevölkerung Irans, aber die Kurden aufgrund ihrer aktiven Gegenwehr in einem viel stärkeren Ausmaß. Mit anderen Worten werden die Kurden zum einen als Bürger Irans und zum anderen Kollektiv als Volk benachteiligt und unterdrückt.

Die politischen Parteien Iranisch-Kurdistans sind sozialdemokratisch und links orientiert, streben nach Demokratie und mehrheitlich nach Föderalismus für den Iran und Bildung einer regionalen Regierung in Kurdistan. Sie befinden sich deswegen in einem permanenten politisch-militärischen Konflikt mit dem klerikalen und zentralistisch nach „Führerprinzip“ organisierten Regime im Iran.

Die Hauptstützpunkte dieser Parteien sind seit vielen Jahren in Irakisch-Kurdistan. Für sie war das Kurdengebiet im Nordirak bis jetzt „Hinterfront“, in der sie ihre Kräfte militärisch und politisch ausbildeten, ihre Untergrundorganisationen im Iran leiteten und den Widerstand in Iranisch-Kurdistan initiierten und organisierten. Ihre Lager sind zugleich Zufluchtsort für all diejenigen im Iran politisch verfolgten und ins irakische Kurdistan geflüchteten Aktivisten gewesen.

Diese „Hinterfront“ der iranischen oppositionellen Kurden droht nun aber zur breiten militärischen „Front“ des Islamischen Staates Iran zu werden, der aufgrund des Machtvakuum im Nordirak und unter dem Vorwand, den sunnitischen IS zu bekämpfen, die schiitisch orientierten und ebenso reaktionären Kräfte dort massiv militärisch und personell unterstützt und geheimdienstlich, aber auch militärisch, gegen die kurdisch-iranischen Oppositionellen agiert – mit der Folge, dass diese auch dort nicht mehr sicher sind. Erst vor wenigen Monaten wurde ein großes Bombenattentat gegen den zentralen Stützpunkt der **Komala-Partei**, einer der Hauptorganisationen der iranischen Kurden, vereitelt. Es hat in der jüngsten Vergangenheit immer wieder missglückte, aber auch geglückte Versuche unternommen, einzelne Mitglieder dieser Parteien und deren Familienangehörigen zu liquidieren. Das alles hat dazu geführt, dass viele Mitglieder dieser Parteien Nordirak verlassen haben und nach Europa gekommen sind. Sie verdienen nun aufgrund ihres Einsatzes für Demokratie im Iran und ihrer Gefährdungslage besonderen Schutz der europäischen Rechtsstaaten.

